



Katharina Lenski

# GEHEIME KOMMUNIKATIONSRÄUME?

*Die Staatssicherheit an der  
Friedrich-Schiller-Universität Jena*

Geheime Kommunikationsräume?

*Katharina Lenski*, Dr. phil., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Jena.

© Campus Verlag GmbH

Katharina Lenski

# Geheime Kommunikationsräume?

Die Staatssicherheit an der Friedrich-Schiller-Universität  
Jena

Campus Verlag  
Frankfurt/New York

© Campus Verlag GmbH

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

BUNDESSTIFTUNG  
AUFARBEITUNG 

Dissertation, Friedrich-Schiller-Universität Jena, 2015

ISBN 978-3-593-50780-4 Print

ISBN 978-3-593-43714-9 E-Book (PDF)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links.

Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Copyright © 2017 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlagmotiv: © Katharina Lenski

Gesetzt aus der Garamond

Druck und Bindung: CPI buchbücher.de, Birkach

Gedruckt auf Papier aus zertifizierten Rohstoffen (FSC/PEFC).

Printed in Germany

[www.campus.de](http://www.campus.de)

© Campus Verlag GmbH

# Inhalt

Vorwort: Das Nach-Denk-Mal .....	11
----------------------------------	----

## Einleitung

1. Untersuchungsgegenstand .....	15
2. Universität und Staatssicherheit: Forschungsstand .....	29
3. Kommunikationsräume: Begriff und Forschungsstand .....	35
4. Quellen.....	43
5. Methodik und Aufbau.....	53

## I. Rundblick: Die Universität nach der Dritten Hochschulreform

1. Verflechtung mit der Volkswirtschaft .....	58
2. Die Kader im Kommunikationsraum.....	62

## II. Präpositionen des Handelns: Inhalt und Argument

1. Inhaltliche Positionen: Staatssicherheit .....	68
1.1 Feindbilder: »Agenten«, »Spione«, »Diversanten« .....	68
1.2 Der Krieg im Kopf: »politisch-ideologische Diversion«.....	70

1.3	Stereotyp »Revisionismus« .....	72
1.4	Die Dienstanweisung 4/66 gegen »Diversion« an den Universitäten .....	74
1.5	Die erste Durchführungsbestimmung zur Dienstanweisung 4/66.....	77
2.	Inhaltliche Positionen: Universität .....	81
2.1	»Schrittmacher« des Denkens: Georg Mende, Werner Dorst, Helmut Korch.....	83
2.2	»Einstellungserziehung« – ideologische Formierung.....	92
2.3	Das Feindbild »Jugendkriminalität« als ideologischer Verdichtungsprozess.....	102
2.4	»Gerechtigkeit« – eine »bürgerliche« Kategorie.....	111
2.5	Feindbild »bürgerliche Wissenschaft«: Naturwissenschaften und Ideologie .....	115
2.6	Feindbild West: »Gegnerforschung« im Kalten Krieg .....	117
3.	Zwischenfazit: ideologische Semantik – militärische Feindbilder .....	123

### III. Positionen: Verdichtungsräume

1.	Das Referat Universität der Jenaer Kreisdienststelle (1968–1989) .....	127
1.1	Die Struktur der Jenaer Kreisdienststelle .....	128
1.2	Strukturen und Arbeitsprinzipien .....	130
1.3	Die Arbeitsfelder des Referats Universität.....	135
1.4	Die Leiter des Referats Universität (1965–1989).....	137
1.5	Gruppenporträt: Die Offiziere des Referats Universität (1968–1989).....	149
1.6	Verlängerung der Handlungsräume: Das Beispiel Dieter Sacher.....	160
1.7	Zusammenfassung.....	165

---

2. Ideologisierung und Geheimhaltung: SED und Massenorganisationen .....	167
2.1 Die SED an der FSU .....	168
2.2 Die FDJ – Aufstiegsschleuse und Bewährungsfeld.....	206
2.3 Der FDGB – Stützpfiler im System.....	235
3. Bürokratisierung und Geheimhaltung: Die Verwaltung.....	252
3.1 Der Erste Prorektor.....	252
3.2 Die Kaderabteilung .....	262
3.3 Die wissenschaftlichen Sekretäre.....	278
3.4 Geheimnisschutz als Orientierung und Argument.....	295
3.5 Information und Sekretierung: Das Informationswesen.....	299
3.6 Sekretierte Information: Die Hauptstelle für Verschlussachen .....	303
3.7 Der Beauftragte für Sicherheit und Geheimnisschutz .....	312
3.8 Austausch und Geheimhaltung: Auslandsreisen.....	322
3.9 Zusammenfassung.....	339
4. Militarisierung und Geheimhaltung: Die profilierte Wissenschaft .....	341
4.1 Die profilbildenden Sektionen und ihre Direktoren .....	342
4.2 Die Direktoren der strukturbestimmenden Sektionen.....	344
4.3 Zur Zusammenarbeit der Direktoren mit dem MfS .....	348
4.4 Komplexe Einbindung in Geheimstrukturen.....	352
5. Zwischenfazit: Positionen im Kontext der Geheimhaltung .....	359
IV. Wirkungsräume: Verfahren im Kommunikationsraum	
1. Bewaffnende Universität: FSU und Zeiss-Kombinat.....	365
1.1 Forschungslage .....	365



1.2	Universität und VEB »Carl Zeiss« Jena in der Dritten Hochschulreform .....	367
1.3	Territoriale MfS-Strukturen im Kontext der Militärforschung.....	375
1.4	Zwischenstopp: Geheimnisschutz und geheimburokratischer Handlungsraum.....	386
1.5	Transferinstitution zum MfS: Das Direktorat Forschung der FSU .....	389
1.6	Sichere Gelehrsamkeit: Das Forschungszentrum »W« im VEB »Carl Zeiss«.....	397
1.7	Kader für den »Wissenschaftlichen Gerätebau«.....	405
1.8	Zusammenfassung: Geistige Sperrzonen .....	425
2.	Studierende im Gleichschritt.....	427
2.1	Schlaglicht: Ein Blick in den Raum .....	428
2.2	Die Direktoren und Prorektoren für Erziehung und Ausbildung.....	430
2.3	Das MfS-Überwachungssystem »Studentische Freizeit«.....	433
2.4	»Revisionismus«: Der Philosophiestudent Reinhard Fuhrmann (1971) .....	442
2.5	Feindbild Wolf Biermann: Die Exmatrikulation von Roland Jahn (1977).....	455
3.	Das Jahr 1989 als Spiegel der Abgrenzungen und Blockaden.....	473
3.1	Überblick: Staatssicherheit und Universität zum Ende der 1980er Jahre.....	473
3.2	Zwischen System und Solidarität: »Ambulancia« – ein Krankenwagen für Nicaragua.....	476
3.3	Der Zauber des Wortes Dialog.....	480
3.4	Zwischen Verrat und Vertrauen – Grenzüberschreitungen in einem erstarrten System.....	488
3.5	Der Konflikt um die Trägerschaft der FDJ für »Ambulancia«....	491

---

3.6 »Heiterkeit« als Auslöser eines Parteiverfahrens? Die Folgen einer folgenlosen Veranstaltung.....	497
3.7 Parteiverfahren wegen Weitergabe von Informationen an die Staatssicherheit .....	500
3.8 Zusammenfassung: Neue Konstellationen oder Grenzen des Systems? .....	509
V. Fazit.....	513
VI.Übersichten.....	526
Quellen und Literatur	
1. Ungedruckte Quellen.....	534
2. Ungedruckte Monografien vor 1989.....	548
3. Gedruckte Quellen und Literatur .....	553
4. Filme.....	595
5. Internetseiten .....	595
Abkürzungen .....	596
Register.....	600
Danksagung.....	623



# Vorwort: Das Nach-Denk-Mal



*Abb. 1: Das Denkmal aus nord-östlicher Richtung gesehen: rechts im Hintergrund der »Schwarze Bär«, dahinter der Jenaer Zeiss-Turm. Links befand sich früher der Anbau der Jenaer Kreisdienststelle der Staatsicherheit.*

Fotografin: Sibylle Mania

»Dies ist ein Nachdenkmal, also im Sinne von Nachdenken. Dieses Denkmal hat wirklich große Potenziale, Nachdenken anzuregen. Es vollendet sich eigentlich erst auch in der Kommunikation mit den Denkmalsbesuchern. Und das ist eines der entscheidenden Qualitätsmerkmale. Es nimmt das Gedenken nicht ab; es nimmt die historische Erinnerung nicht ab, sondern es öffnet Türen, und es lädt dazu ein zu vertiefen.«<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Wortprotokoll 6. Sitzung Jenaer Stadtrat 16.12.2009 – Tagesordnungspunkt 25: Denkmal. Statement von Herrn Prof. Dr. Volkhard Knigge, Vorsitzender der Denkmal-Jury,

Der Plan, ein Denkmal zu errichten, welches heute »All denen [gewidmet ist], deren Menschenwürde verletzt wurde, den Verfolgten, die gegen kommunistische Diktatur aufrecht für Demokratie und Menschenwürde einstanden. 1945–1989«, rief im Jena der beginnenden 2000er Jahre nach dem Aufbrechen eines stillhaltenden Schweigens kontroverse Diskussionen hervor. Die Widmung, die im Jahr 2009 als Kompromissformel das lange Ringen der Stadt Jena und ihrer Stadtverordnetenversammlung beendete, konnte die unterschiedlichen Positionen nicht gänzlich vereinen. Was war geschehen? Ein ehemaliger Jenenser, der in den 1950er Jahren inhaftiert worden war und nun als Unternehmer in den USA lebte, hatte die Stadt Jena anlässlich des 17. Juni 2003 aufgefordert, ein von ihm womöglich privat finanziertes Denkmal zu bauen. Daraufhin mussten sich Stadt und Universität darüber verständigen, ob und wie an Nachkriegsgewalt, an stalinistische Repression und an Zivilcourage zu erinnern sei. Die scheinbaren Gewissheiten des zeitgenössischen Diskurses erwiesen sich dabei als brüchig. Dies begann mit dem Selbstverständnis der meisten Stadtväter und -mütter, denen die Öffentlichkeit als lästig, der politischen Aushandlung und historischen Reflexion nicht fähig schien, weshalb sie ein undemokratisches Procedere initiierten. Zu diesem Zeitpunkt legte die Fachwissenschaft ihr Veto ein und ermutigte damit nachdenklichere Beteiligte, sich für einen offenen Diskurs zu engagieren. Eine begrenzte Ausschreibung schien den Konflikt lösen zu können, was jedoch nicht gelang. Auch der Gegenstand erwies sich als strittig. Die einen wollten ausnahmslos aller »Opfer« gedenken. Die anderen wollten nicht ehemalige Nazis ehren, dafür aber auch diejenigen in den Kanon aufnehmen, die für Menschenrechte eingetreten waren. Sie wandten sich gegen die entlastende Funktion der Aufteilung der Gesellschaft in »Täter« und »Opfer«.² Sie wurden dafür von der Gegenseite als »kaputte Charaktere« und »Lumpen« denunziert.³

Nach dieser ersten turbulenten Phase, in der das Denkmalprojekt schon gescheitert schien, wurde eine zweite Ausschreibung des Denkmals mit einer unabhängigen Jury beschlossen, die ein beachtliches Ergebnis zeitigte. Dies verdankte sich den drei Leitkriterien, nach welchen die Ent-

---

am 16.12.2009 in der Sitzung des Jenaer Stadtrates im Historischen Rathaus zur Begründung der Entscheidung der Jury.

2 Zur Problematik bis zum Jahr 2004 ausführlich Knigge 2005, hier S. 154f.; zur Diskussion bis 2006 Schul 2007:341–356, hier S. 354f.

3 Knigge 2005:153f.

würfe ausgewählt wurden: der »ästhetische[n] und inhaltliche[n] Prägnanz im Blick auf staatliches Unrecht im Kontext SBZ und DDR und in diesem Sinne auch formale[r] und inhaltliche[r] Unverwechselbarkeit«. Zweitens sollten vom Denkmal möglichst viele Lern- und Erfahrungsimpulse ausgehen, das drittens nicht provinziell, sondern vielmehr formal und inhaltlich »auf der Höhe der Zeit« sein sollte.<sup>4</sup> Es sollte ein Denkmal geschaffen werden, das weder abschließende Kanonisierung noch Identitätsstiftung forderte, sondern Selbst-Verunsicherungen zur Entwicklung demokratischer Kultur förderte.

Auf vorbildliche Weise entsprach dem der Entwurf der Preisträgerin Sibylle Mania:

»Das Denkmal ist präzise im Bezug auf den Ort und präzise im Ereignisbezug. Es verweist auf die Stasi, aber nicht nur auf die Stasi. [...] Es ist einerseits als Skulptur in sich selber tragfähig, autonom. Es enthält aber viele inhaltliche Impulse, beinahe möchte man sagen narrative Impulse. Es zitiert die Karteikästen der Stasi, es erinnert an den Moment auch der Erstürmung dieses Gebäudes. Es ist lesbar, es ist verstehbar und es regt zum Nachdenken an, funktioniert aber zugleich als Plastik. [...] Drittens war uns die komplexe kognitive Struktur sehr wichtig, [...] die Informations- und Lernangebote, die dieses Denkmal enthält. [...] Es hat uns aber auch überzeugt, dass auf den Karteikästen, [...] prägnant und exemplarisch, keineswegs überfrachtend, erstens signifikante, eher mit Ortsbezug, mit Regionsbezug signifikante Namen von Opfern politischer Repression [...] genannt werden. Da ist dieses Denkmal ein Ort des Eingedenkens, der Würdigung und der Anerkennung, auch der Anerkennung von Leid. Und dann gibt es ja, das gehört zum Vorschlag, diese zweite Struktur, nämlich markante Kerndaten der Diktaturgeschichte und der Überwindung der Diktatur zu nennen [...], natürlich nicht durchbuchstabiert, aber als Impuls, als Orientierung, um das dann zu vertiefen.«<sup>5</sup>

Konkretion und Abstraktion sinnhaft zu verbinden und Nachdenk-Angebote über die Diktatur zu eröffnen – dies sollte das Anliegen des Denkmals sein, wofür auch der Ort mit Bedacht ausgewählt wurde. Dieser wurde auf dem Kreuzpunkt der Achsen gefunden, die das Zusammenwirken der Institutionen symbolisieren, welche soziale und politische Ausgrenzung organisierten: dort, wo sich zuletzt auch die Jenaer Kreisdienststelle der Staatssicherheit befand. Die Künstlerin bildete mit dem Denkmal Aktenkartons nach, die der bürokratischen Struktur des Realsozialismus zu eigen

---

<sup>4</sup> Wortprotokoll der 6. Sitzung des Jenaer Stadtrates vom 16.12.2009 – Tagesordnungspunkt 25: Denkmal. Statement des Vorsitzenden der Denkmal-Jury Prof. Dr. Volkhard Knigge zur Begründung der Preisträgerinnen-Entscheidung.

<sup>5</sup> Ebd.

waren. Sie erinnern, teilweise beschriftet, an beispielhafte Ereignisse und Personen der Jenaer DDR-Historie im Kontext überregionaler Prozesse, was zu weiteren Fragen provoziert. Die gestapelten Kästen adaptieren zugleich den Gleichschritt, die Militarisierung sowie die Ideologisierung, die keinen unbestimmten Winkel zuließen und durch ihre Unkonkretheit dennoch auf jegliche Transparenz verzichteten. Das Nach-Denk-Mal wird so zur Verbildlichung der in diesem Buch angesprochenen Fragen, es lässt über diejenigen strukturierenden Elemente im Kommunikationsraum nachdenken, die zur *Normalisierung* in der »entwickelten sozialistischen Gesellschaft« beitragen.

# Einleitung

## 1. Untersuchungsgegenstand

»Es ist nicht die Öde der Zeitungen am Morgen, es sind nicht die leeren Losungen von Frieden und Freundschaft draußen auf den Straßen, nicht die quasselnden Redner und die komischen Staatsmänner, es sind die kleinen Lügen, die eines Tages gegen elf gelogen werden, und du sitzt im selben Raum, auf einem anderen Stuhl oder nicht.«<sup>1</sup>

Das Hauptgebäude der Jenaer Friedrich-Schiller-Universität lag bis 1989 im Zentrum mehrerer Sichtachsen: lediglich einen Steinwurf entfernt im Nord-Osten die Jenaer Kreisdienststelle der Staatssicherheit mit der Erweiterten Oberschule gegenüber, 100 Meter nach Norden die Polizei, nach Süden die Stadtverwaltung. Alle gruppierten sich so dicht, dass zwischen ihnen nur wenige Minuten Fußweg lagen. Geht man auf der Johannisstraße nach Westen, so ragt nicht weit entfernt der weithin sichtbare Universitäts-turm auf, in dem sich besonders die ideologienahen und wirtschaftswichtigen Sektionen gruppierten. Vor den Augen der Allgemeinheit verborgen residierte am Johannistor auch die Auswertergruppe der Hauptverwaltung Aufklärung der Staatssicherheit, strategisch zwischen Universität und Zeiss-Werk platziert. In der Johannisstraße befand sich mit der Jungen Gemeinde Stadtmitte ein Ärgernis für diese Sicherheitsarchitektur, denn von dort gingen Impulse der Selbstbestimmung aus. Die Stadt der kurzen Wege bot für die Hüter der Macht jedoch mit dem Hotel »Schwarzer Bär« einen eigenen Treffpunkt, der nur 20 Schritte sowohl vom Universitäts-hauptgebäude als auch der Staatssicherheit entfernt lag. Im »Palasthotel International« am Holzmarkt, bis zum Ende der 1980er Jahre der SED-Kreisleitung benachbart, entspann sich die gleiche Kulisse. In den Hotel-

---

1 Jürgen Fuchs 1990:37 nach seiner politischen Relegation von der Jenaer Universität, die kurz vor dem Abschluss seines Psychologiestudiums 1975 durchgesetzt wurde.



bars konsumierte man wie auch in der Johannisstraße viel Alkohol, dort besprach man sich und hielt Kontakte aufrecht. Doch worum ging es in dieser Stadt? Jena wird als Hauptstadt der Opposition gefeiert, mit einer Universität, die vielen als Hort von Widerständigkeit gilt, da schließlich Ikonen des Widerstandes wie die Studenten des Eisenberger Kreises oder Schriftsteller wie Jürgen Fuchs mit ihr verbunden werden. Ist deshalb von einer Universität auszugehen, die ihr Potential als Schule des Denkens bewahrt hat und die eine Elite beherbergte, von der viele nach 1989 zu Unrecht entlassen wurden?

Die »Idee der Universität« sei es, unter ihren Angehörigen einen immerwährenden Prozess des Suchens nach Erkenntnis zu fördern, mahnte 1946 der Existenzphilosoph Karl Jaspers. Voraussetzung sei die Verständigung der Personen in Kommunikationskreisen, die mindestens zur Hälfte dem Glück des Zufalls zu verdanken seien. Kommunikation sei der Wahrheit verpflichtet und offen für Neues, was sich dadurch auszeichne, dass Wissenschaft über alle Grenzen hinweg sich zu verständigen in der Lage sei, was sich in regem Austausch, Reise- und Gastbeziehungen äußere.<sup>2</sup> Doch Deutschland hatte sein intellektuelles Potential durch Krieg, Vernichtung und Vertreibung drastisch reduziert.<sup>3</sup> Karl Jaspers' Ruf, die Schuld der Universitäten nicht auszublenden, wurde kaum gehört.<sup>4</sup> In der sowjetisch besetzten Zone eröffnete als erste die Jenaer Universität wieder,<sup>5</sup> doch von einer nachdenklichen Rückschau, geschweige denn einer Einsicht in die persönliche Verantwortung war diese nach kurzem Verharren weit entfernt.<sup>6</sup> In der sowjetisch besetzten Zone wollte man immerhin das »bessere« System etablieren, was die Jugend als Integrationsangebot auffassen sollte.<sup>7</sup> Dass die verbliebenen Eliten vielfach in der NS-Zeit aufgestiegen und die nachrückende Jugend während der Jahre ihrer Herrschaft geprägt worden war, geriet mehr und mehr in den Hintergrund und wurde verdrängt.<sup>8</sup> Als mit dem Ruf zur Erstürmung der »Festung Wissen-

---

2 Jaspers 1946:38–47. Vgl. Weisbrod 2002b:11–35; und Bruch 2002: 281–288, der auf den Anti-Intellektualismus und die Wissenschaftsfeindlichkeit der Nationalsozialisten verwies.

3 Für die Universitäten: Jessen 2003:229–263, hier S. 229–230.

4 John 2007:19–70, hier S. 46; Lemuth 2007:119–137.

5 John 1998:12–74.

6 Vgl. kritisch John 1998:19–70.

7 Niethammer 1999:53–58, zuerst in Spiegel Special Nr. 4/1995: Die Deutschen nach der Stunde Null, S. 90–95.

8 Jessen 1999b:bes. 301–309.

schaft«<sup>9</sup> das Stalinistische Modell postuliert wurde, herrschte zwar noch längst nicht die Einheitsideologie. Doch die Verdrängung der »bürgerlichen Professoren« ermöglichte es endgültig, die konformen Kader zu etablieren.<sup>10</sup> Die DDR-Hochschulen stützten das System schließlich wesentlich stärker als jene in der Tschechoslowakei oder in Polen.<sup>11</sup> Das war den Wirkungen der NS-Zeit und dem Selbstverständnis der DDR geschuldet. Anders als in Polen, wo sich die Intellektuellen bereits unter der NS-Besatzungsherrschaft verteidigen mussten, schaute man in der DDR aus der Perspektive des unterlegenen Okkupanten auf die Veränderungen und nicht aus einem Bewusstsein, das der Gemeinsamkeit mit den Angehörigen des neuen Staates entsprungen wäre.<sup>12</sup> Die Idee der deutschen »Volksgemeinschaft« hatte sich aus dem Ausschluss der »Anderen« genährt und war somit nach dem Zusammenbruch 1945 offiziell diskreditiert.<sup>13</sup> Während in den weiteren Ostblockstaaten deshalb konkurrierende, übergeordnete Ordnungssysteme (Lutz Niethammer) wirkten, orientierte sich das DDR-Selbstverständnis im »ersten Arbeiter- und Bauern-Staat auf deutschem Boden« trotz des dekretierten Einstellungswandels<sup>14</sup> an der Sowjetunion und folgte damit einem militarisierten Verständnis von Gesellschaft und Sicherheit des Staates.<sup>15</sup>

Welcher Zusammenhang eröffnet sich deshalb zwischen Universität und Geheimbürokratie?<sup>16</sup> Wenden wir uns noch einmal Karl Jaspers zu, offenbart sich von seiner Position aus ein scheinbar unauflöslicher Wider-

---

9 Müller/Müller 1953.

10 Jessen 1999b:hier bes. 95–102; Jessen 1995a:61–71.

11 Connelly 2003a:9–12; Connelly 2003b:173–197; Havránek 2003:157–171; Connelly 2000; Terlecki 2001:221–231; zum Vergleich mit den polnischen Universitäten Lenski 2016:110–126.

12 Vgl. Milosz 1954:89–113 mit der Beschreibung von »Alpha«. Vgl. Terlecki 2001:221–231 zu »Die fliegende Universität«.

13 Zum Begriff Volksgemeinschaft Wildt: »Volksgemeinschaft«, Version: 1.0«, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 3.6.2014, URL: <http://docupedia.de/zg/Volksgemeinschaft?oldid=106491> (Zugriff: 6.4.2016); Bajohr/Wildt 2012; Frei 2005; Kershaw 2011:1–17; Reeken/Thiessen 2013; Schmiechen-Ackermann 2012; Thamer 1990:112–127. Zur erneuerten Konjunktur des adaptierten Begriffs »Heimat« Palmowski 2014 (dt. 2016).

14 Wolfrum 2005:153–169, hier S. 163.

15 Vgl. die weiteren Ausführungen im Kapitel zu den inhaltlichen Positionen. Zur Konkurrenz der Stereotype »faschistisch« und »national« auch Ganzenmüller 2004:421–436.

16 Der Begriff »Geheimbürokratie« scheint das Handlungsfeld der Staatssicherheit am ehesten zu fassen. »Geheimpolizei« ist diesem Begriff untergeordnet. Den Begriff »Geheimdienst« zu nutzen hieße, demokratische Kontrolle anzunehmen, was als obsolet ausscheidet.

spruch, denn jedes dieser Systeme folgte entsprechend seiner Grundidee einer diametral verschiedenen Logik: Gewalt und Geheimhaltung, Feindbilddenken und Misstrauen, Grenzen und archaische Abschließung auf der Seite der Geheimpolizei, an der Universität idealerweise Konfliktkultur und Transparenz, Vertrauen, Kommunikation und prinzipielle Offenheit im Interesse der Erkenntnis.<sup>17</sup> Dies stützt die Ambition, Universität und Staatssicherheit zu trennen und die Geheimpolizei als einen von außen intervenierenden Gewaltapparat zu interpretieren, was in der Literatur vielfach so praktiziert wird. An der Universität sei dabei über die Jahre hinweg die eigentliche Substanz auf rätselhafte Weise erhalten geblieben und mit der Revolution von 1989 wieder sichtbar geworden.<sup>18</sup> Diese These geht auf das Totalitarismusparadigma zurück, nach der sich die Universität in der Diktatur als »Insel der Absonderung«,<sup>19</sup> mithin als Refugium von Integrität und Sachkompetenz, bewahrt habe. Aus dieser Vogelperspektive wird allerdings vernachlässigt, dass die Universität ein kommunikativer Raum ist, der ohne Austausch, Integration und Kompromisse der Beteiligten nicht existiert.<sup>20</sup>

Es ist also einerseits entsprechend der totalitarismustheoretischen Perspektive die Frage nach den vertikalen Verhältnissen zu stellen, andererseits diejenige nach den horizontalen Konfigurationen. Betrachtet man mit Ralph Jessen die Universität sowohl als Objekt politischer Intervention und Umgestaltung als auch als Handlungsfeld einander widersprechender Prägungen, Erfahrungen und Orientierungen des Personals, in dem die akademischen Regeln mit der neuen Macht eskalierten, kommt man einer Antwort bereits etwas näher.<sup>21</sup> Aus dieser Perspektive werden sowohl die Strukturen als auch die handelnden Personen einbezogen und die Universität als sozialer Raum wie auch als Raum der Macht wahrgenommen. Damit kann das Handeln der dortigen Akteure differenziert werden: Kollaboration, Loyalität und Anpassungsbereitschaft wie auch Dissens werden rekonstruierbar. Vertikale wie horizontale Handlungslinien rücken sowohl hinsichtlich der Machtverhältnisse als auch der Zeittangente ins Blickfeld.<sup>22</sup>

17 Allgemein Frevert 2003:7–66 und speziell Behrends 2003:336–364; vgl. Danzer 2012.

18 So z.B. Gottwald 2000:9–21, hier S. 12.

19 Friedrich 1957:234–242.

20 Bourdieu 1988.

21 Jessen 2003:231. Mit den Begriffen Prägung, Erfahrung und Orientierung klingt der Mannheim'sche Generationenbegriff an, vgl. Mannheim 1970:509–565.

22 Zum Oppositionsbegriff: Den inneren Zusammenhang beschreiben Poppe u.a. 1995b:9–26; Kowalczyk 1995: 85–115. Er unterschied jedoch nicht wie in der Sekundär-

Diese Überlegungen scheinen für die Beantwortung der Frage nach dem Verhältnis von Universität und Staatssicherheit hilfreich zu sein. Für den hier relevanten Untersuchungszeitraum von der Dritten Hochschulreform<sup>23</sup> bis zum Mauerfall 1989 werden daher sozial- und kulturhistorische als auch wissenschafts- und wirtschafts- sowie militär-, polizei- und geheimpolizeigeschichtliche Fragen aufgeworfen.<sup>24</sup> Wenn die Interventionsmethoden und -instrumente der Staatssicherheit analysiert werden, muss dies im Kontext von zwei Ausgangspunkten geschehen. Erstens ist nach der Universität als Institution der Wissenschaft im Humboldt'schen Sinne zu fragen. Zweitens ist der Zusammenhang mit Partei, Wirtschaft und Verwaltung angesprochen.<sup>25</sup> So ist einerseits die Rolle der Universität als Objekt von politischen, wirtschaftlichen und militärischen Fremdlogiken zu erschließen. Andererseits ist der Ort als Handlungsfeld, als Raum von politischen, ideologischen und wissenschaftlichen Interessen sowie des entsprechenden Zusammenwirkens ihrer Angehörigen zu ergründen.<sup>26</sup>

Mit dem Mauerbau schien die – ohnehin reglementierte – »Freiheit der Wissenschaft«<sup>27</sup> in der DDR weitgehend eingehegt, und nicht nur die »bürgerlichen« Wissenschaftler sollten endgültig von den Hochschulen verdrängt werden.<sup>28</sup> Die Universitäten sollten im Interesse der »Störfreimachung« der Wissenschaft ihre Verbindungen zum Westblock einstellen, dagegen den Austausch mit dem Ostblock intensivieren.<sup>29</sup> Mit dem Neuen

---

literatur sonst weithin üblich, zwischen Opposition als systemimmanent und Widerstand als Fundamentalopposition, sondern stellte vier Grundtypen des »Widerstands« fest: gesellschaftliche Verweigerung, sozialer Protest, politischer Dissens, Massenprotest (ebd., S. 97–114). Jüngst dazu Niethammer 2014:35–39. Vgl. Pollack/Rink 1997:7–29. Aus MfS-Perspektive den Art. »Opposition, innere« bei Suckut 2001:282.

23 Der Begriff »Dritte Hochschulreform« etablierte sich als nachträgliche Konstruktion erst 1969. Stutz u.a. 2007:288–289 und 297.

24 Vgl. Stutz 2012:191–231, hier S. 191 und 207.

25 Zur Universitätsidee vgl. den Sammelband von Ash 1999.

26 Vgl. Jessen 2003:229–263, hier S. 231.

27 Der Begriff avancierte zum Kampfbegriff (vgl. Kap. II). Zur Problematik der »Freiheit der Wissenschaft« Connelly 2003a:9–10; Hammerstein 2000:177–191. Am prominenten Beispiel des Historikers Griewank: Kaiser 2007.

28 Vgl. den Forschungsstand zur deutschen Hochschullehrerschaft bei Jessen 1999b:17–18. Zu den Konflikten in Jena vgl. die Aufsätze in: Hoßfeld u.a. 2007, bes. Wallentin 2007:267–287. Zum Begriff des »bürgerlichen« im Gegensatz zum fortschrittlichen Wissenschaftler Kaiser 2004:13–51.

29 Steiner 2004/2007:139–186, hier S. 141–146. Vgl. Hertle u.a. 2002. Für die FSU Preuß 2007:239–266. Zum Widerspruch von Störfreimachung und Technologietransfer u.a. in Jena ausführlich Buthmann 2000:256–288.

Ökonomischen System der Planung und Leitung (NÖSPL), ab 1967/68 zum »Ökonomischen System des Sozialismus« (ÖSS) umbenannt,<sup>30</sup> avancierten Begriffe wie »Profilierung« und »Prognose« nicht nur im Wortschatz der Betriebe, sondern auch in demjenigen der Hochschulen zu Schlagworten und Instrumenten der Reform der 1960er Jahre.<sup>31</sup> Mit ihrer Rolle als Dienstleisterin der Wirtschaft und der so genannten Verbetriebligung wurden Standort und Ausrichtung der Universität neu bestimmt.<sup>32</sup> Hinzu kam die Militarisierung, die sich in der Einführung der Wehrpflicht 1962 niederschlug und dem Bildungssystem den Marschritt verordnete.<sup>33</sup> Die Fürsorge für die Jugend erschöpfte sich nicht im genormten Ausbildungsweg,<sup>34</sup> sondern entwickelte auf der »Suche nach dem inneren Feind«<sup>35</sup> derart repressive Qualitäten, dass sich in der jüngeren Geschichtsschreibung der Begriff »Erziehungsdiktatur« etablierte.<sup>36</sup>

Die Militarisierung ging mit Veränderungen in Wissenschaft und Wirtschaft, in Partei und Verwaltung einher, was bislang kaum thematisiert wurde.<sup>37</sup> Seit den sechziger Jahren veränderte sich mit der technischen Entwicklung zudem das Gesicht der Welt in Ost wie West. Als die DDR-Regierung ihren Bürgern pünktlich zum Republikgeburtstag 1969 mit dem Berliner Fernsehturm die Wunderwelt des Farbfernsehens eröffnete, wollte sie technisches Höchstniveau präsentieren. Ungewollt lief die so symbolisierte Entwicklung jedoch auf vielfältige und beschleunigte Medien hinaus und begünstigte alternative Informationsmöglichkeiten. Das widersprach dem Konzept der Partei, die Presse als Herrschaftsinstrument einzusetzen, so dass sich die Geheimpolizei gefordert sah.<sup>38</sup>

---

30 Vgl. Steiner 2007:146–161.

31 Zu den Begriffen »Prognose« und »Profilierung« Kaiser u.a. 2005:45–70, hier S. 50; Stutz 2012b:206. Zum Problem der Technokratie Hübner 1999:325–360.

32 Schramm 2007:650–668. Vgl. Stutz 2012c:233–252, zuerst in Stutz 2010:319–335.

33 Rogg 2008.

34 Jarasch 1998:33–46. Vgl. ders.: »Fürsorgediktatur, Version 1.0«, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11.2.2010, URL: <http://docupedia.de/zg> (Zugriff: 30.5.2017).

35 Wierling 1994:404–425; dies. 2002:bes. Kap. 2.

36 Wierling 2002:10; dies. 1997:223–240.

37 Vgl. den Forschungsstand bei Eppelmann u.a. 2003. Die Betrachtung bezog sich meistens auf die Militarisierung des Bildungswesens und den Ausbau von Armee und MfS. Zur Humboldt-Universität Berlin Jordan 2001.

38 Lindenberger 2006; Holzweißig 1995:1689–1722; ders. 1997.

In dieser als »Modernisierung«<sup>39</sup> nur ungenügend charakterisierten Phase intensivierte die Staatssicherheit ihre Aktivitäten an der Jenaer Universität. Reagierte sie, weil die Alma Mater Jenensis als Ort von Opposition und Widerstand, von sich distanzierender und deshalb sich erneuernder Intellektualität erstrahlte?<sup>40</sup> In der Literatur gilt vielfach die Zahl der inoffiziellen Mitarbeiter als Indikator für die Intensität geheimer Aktivität. Im Jahr 1986 zählte allein die MfS-Hochschul-Hauptabteilung XX/8 insgesamt 62 Dozenten und 30 Studierende zu ihrem IM-Bestand an der FSU.<sup>41</sup> Kluge und Meinel gingen von einer durchschnittlichen Zahl von insgesamt 150 bis 200 inoffiziellen Mitarbeitern aus,<sup>42</sup> die wohl zu niedrig gegriffen ist, wenn man bedenkt, dass auch die Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) und die Hauptabteilung XVIII (Volkswirtschaft) auf zentraler, bezirklicher wie regionaler Ebene in die Überwachung der Universität einbezogen waren. In den Jahren 1986 und 1989 waren in dem für die Universität zuständigen Referat der Jenaer MfS-Kreisdienststelle durchschnittlich acht Offiziere angestellt.<sup>43</sup> Der für das Referat Universität zuständige Leiter Wolfgang Ehrler zählte im Jahr 1985 zu seinem Bestand 92 inoffizielle Mitarbeiter (IM) bzw. Gesellschaftliche Mitarbeiter Sicherheit (GMS), unter ihnen knapp ein Drittel Studierende.<sup>44</sup>

Ein »Gesellschaftlicher Mitarbeiter Sicherheit« (GMS) kooperierte durch seine positive Einstellung zur sozialistischen Entwicklung, die er auch öffentlich vertrat, sowie durch seine berufliche Funktion häufig bereits offiziell mit dem MfS. Absprachen wurden dabei nicht in konspirativen Wohnungen, sondern »einfach«<sup>45</sup> per Treff und Telefon meist am Arbeitsplatz getroffen. Die GMS wirkten meist auf Schlüsselpositionen und gaben Informationen weiter, wenn der Verdacht abweichenden Handelns entstand; dazu fertigten sie Gutachten zu verschiedensten Fragen an und stellten Analysen und Prognosen zur Verfügung. In der Zusammenar-

---

39 Gegen die vordergründige Wahrnehmung dieses Prozesses als Modernisierung argumentiert auch Jessen 1999b:436–437.

40 Gottwald 2000:9–21, hier S. 12.

41 Vgl. Braun 2008:148.

42 Kluge/Meinel 1997:7.

43 BStU, MfS, BV Gera VVS o042–485/86, Bl. 1; BStU, MfS, BV Gera 001912, Bl. 7.

44 BStU, MfS, BV Gera VVS o042–260/85, Bl. 8. Diese Zahlen schließen nicht die Bezirks- und Hauptabteilungsebene ein. Kluge/Meinel (1997:6) schätzten, es habe seit »spätestens 1970 ständig mindestens 150 bis 200 IM« an der Universität gegeben.

45 BStU, MfS, HA XX 9277, Bl. 45–52: Fachschulungen sozialistisches Strafrecht, IM-Systeme (1966–1975).

beit mit GMS handelte es sich deshalb um »besondere Methoden«,<sup>46</sup> während die Quantität weniger wichtig erschien. Zudem galten sie als Reservoir für die inoffizielle und hauptamtliche Mitarbeit bei der Stasi. Die Dokumentation ihrer Arbeit folgte weniger rigiden Anforderungen als jene mit den IM, da sie *per se* als verlässlich galten.<sup>47</sup>

Laut Bestandsaufnahme der Jenaer Kreisdienststelle von 1989 dienten der Staatssicherheit auf der Kreisebene zu diesem Zeitpunkt insgesamt 308 Wissenschaftler, Angestellte und Studierende.<sup>48</sup> Unter dem studentischen Personal finden sich einschließlich zweier Forschungsstudenten<sup>49</sup> im Dezember 1988 insgesamt 26 inoffizielle Mitarbeiter, was 8,4 Prozent aller IM entspricht.<sup>50</sup>

Was sagen diese Zahlen über eine Institution aus, in der die obere Ebene und der Mittelbau, die Sektionsleitungen und die Verwaltung zum Teil über Jahrzehnte stabil blieben, das studentische Personal hingegen jährlich wechselte?<sup>51</sup> Was sagt überhaupt die Zahl inoffizieller Mitarbeiter über den wechselseitigen Zusammenhang von Macht und Überwachung, von Integration und Segregation aus? Die Mobilität der Studierenden erwies sich für den Apparat als problematisch, denn die jährliche Abgangsquote von 25 Prozent war »durch Neuwerbungen auszugleichen«.<sup>52</sup> Dabei war es nicht gleichgültig, um welche Sektion es sich handelte. Während sich beispielsweise für das Jahr 1988 keine Hinweise zu Studenten-IM an der Sektion Theologie fanden, sind an der Sektion Staat und Recht vier IM bekannt.<sup>53</sup> Die Zahl der inoffiziellen Mitarbeiter wird zwar zum Bedingungsfaktor, wenn man das Wissen um die allgemeine Ausspähung in

46 Ebd., Bl. 52.

47 Ebd., Bl. 53. Vgl. die folgenden Erortherungen zu einzelnen Funktionsträgern.

48 BStU, MfS, BV Gera VVS Gra o042–195/89, Bl. 94. Davon 246 IMS, 10 IMB, 25 FIM, 8 IM in Schlüsselpositionen und 9 Ermittler-IM. Auf Kreisebene gab es keine IME, jedoch 222 GMS. 43 Personen waren in IM-Vorläufen erfasst. Für die IM standen zu diesem Zeitpunkt in Jena 87 Konspirative Wohnungen und 3 Deckadressen zur Verfügung (ebd.).

49 BStU, MfS, BV Gera GVS Gra o015–338/88. Abgedruckt in: Kluge/Meinel 1997:213–215. Die beiden Forschungsstudenten stammten aus den Sektionen Physik sowie Literatur- und Kunstwissenschaften.

50 BStU, MfS, BV Gera GVS Gra o015–338/88. Die Zahl blieb in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre konstant.

51 Zur Immobilität der Hochschullehrerschaft und des Mittelbaus vgl. Jessen 1999b:413–427.

52 BStU, MfS, BV Gera KD Jena 001746 (= GVS 254/71), Bl. 42.

53 BStU, MfS, BV Gera GVS Gra o015–338/88. Allerdings sind in der Sektion Theologie auf Dozentenebene mehrere IM zu finden. Vgl. Stengel 1998.

horizontaler Perspektive, also hinsichtlich der Beziehungen unter den Universitätsangehörigen, beleuchtet. Unter den Stichworten »Disziplinierung« oder gar »Zersetzung« verstand das MfS Vorgänge, die Angst vor Verfolgung und Haft und damit angepasstes Denken und Handeln förderten.<sup>54</sup>

Allerdings kann damit nur ein Teil des Gesamtproblems erfasst werden, da die Zahlen nicht zur qualitativen Auseinandersetzung beitragen. Im Jahr 1991 hatte die Jenaer Universität mit einem weiterreichenden Ansatz begonnen, ihre Vergangenheit auszuloten. Die zu diesem Zeitpunkt dort Beschäftigten erhielten Formblätter, auf denen sie nicht nur zu erklären hatten, weder hauptamtlich noch inoffiziell mit dem MfS kooperiert zu haben. Im dritten Punkt war ferner zu erklären, »dass ich keine Person bin, die [...] wissentlich und willentlich durch Denunziation Menschen persönlichen Schaden zufügte«.<sup>55</sup> So zeigt sich in dieser frühen Phase der Versuch, den Gesamtzusammenhang von Partei, Staatssicherheit und Gesellschaft zu ergründen. Grundlage wäre jedoch die wahrheitsgetreue Beantwortung der Fragen gewesen, was allerdings sowohl dem Freund-Feind-Denken als auch der geheimpolizeilichen Praxis widerstrebt. Die Versuche um Klärung und Aufklärung wurden mit beharrlichem Lügen und Schweigen beantwortet.<sup>56</sup>

Dabei wirkte auch ein Missverständnis mit, das im Nachgang des Kalten Krieges eine eigene Wirkungsmacht in der Aufarbeitung entfaltet hat. Dieses beruht auf der Verwechslung oder auch Gleichsetzung temporärer Repressionskonstellationen mit langfristigen Wirkmechanismen, wie die öffentliche Debatte über inoffizielle Mitarbeiter demonstrierte. Nichts weniger als die alten Gräben des Kalten Krieges wurden in dieser Interpretation des Totalitarismusansatzes wieder sichtbar.<sup>57</sup> In der hier interessie-

---

54 Zur Zersetzung Pingel-Schliemann 2003:180–183; Behnke 1995:379–399.

55 Diese Erklärungen finden sich in den Personalakten des UAJ.

56 Zum Begriff Aufarbeitung Adorno 1997:31–47 mit seiner dort abgedruckten Rede »Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit«, die er 1959 vor dem Deutschen Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Wiesbaden gehalten hatte. Lutz Niethammer kritisierte 1971 in Anlehnung an Adorno, die NS-Aufarbeitung verleugne die sozialen Konsequenzen, beschränke sich auf intellektuelle Publizistik (Niethammer <sup>2</sup>1982:11). Dieser Einwand provoziert die Frage nach der erfahrungsgestützten Reflexion der DDR-Geschichte. Vgl. Großböting 2013:19–26; Christoph 2013:27–33.

57 Zur Kritik vgl. das Themenheft »Geschichte als Instrument« der Zeitschrift Aus Politik und Zeitgeschichte 63, Heft 42–43 (2013); ebenso: Niethammer 2014:17–24. Jens Hüttmann verwies auf die generationenbedingte Entwicklung dieses Forschungsstrangs



renden Debatte rüchte der bereits erwähnte Ausschnitt aus der Handlungskette, die inoffiziellen Mitarbeiter (IM) der Staatssicherheit, ins Bild. Das Argument schien auf den ersten Blick nachvollziehbar, waren diese doch von Mielke als »Hauptwaffe im Kampf gegen den Feind«<sup>58</sup> ins Feld geführt worden. Doch die Betrachter/innen verfielen einer optischen Täuschung, in deren Schatten die übrigen Verantwortlichen, wie die Stasi-Offiziere, Kaderleiter und Sektionsdirektoren, im zwielihtigen Schutz des Schweigens verblieben. Das Handeln dieser Akteure, insbesondere der offiziell Beteiligten, wurde wesentlich spärlicher dokumentiert als das der IM, was sich aus der geheimpolizeilichen Logik erschließt.<sup>59</sup> Doch die Fülle der IM-Akten verführte dazu, ausschließlich diese zu lesen und sie häufig unkommentiert neu zu produzieren, doch weniger dazu, sie in ihrer Funktionalität und ihrem Kontext zu entschlüsseln.

Bereits zu Beginn der 1990er Jahre hatten zudem mehrere Zeithistoriker davor gewarnt, lediglich die Stasi im Zentrum von Kausal- und Wirkungszusammenhängen zu platzieren. Diese sei der Einheitspartei verpflichtet gewesen und könne nicht losgelöst von ihr betrachtet werden.<sup>60</sup> Nicht zuletzt forderten sie damit, die Verantwortung für den Missbrauch von Macht und damit für Repression nicht allein in die Geheiminstitution auszugliedern, sondern die Zusammenhänge von Staat und Gesellschaft, von Partei, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Militär und Verwaltung freizulegen. Sie plädierten dafür, den tatsächlichen Ort der Staatssicherheit im Zusammenwirken der Akteure auszuloten, die sie nicht nur als staatliche, sondern als gesellschaftlich Beteiligte verstanden.<sup>61</sup>

---

und auf die DDR-Geschichte als politisches Argument: Hüttmann 2007:671–681; ders. 2008:bes. Kap. 5.3. Vgl. Jarausch 2004:229–240; Lindenberger 2004:171–193; Kaiser 2007b:231–245. Zu Totalitarismustheorien allgemein Schmiechen-Ackermann 2002; Heydemann/Oberreuter 2003; Wippermann 1997; Jesse 1996.

58 BStU, MfS, Richtlinie 1/79, zuerst abgedruckt in Gill/Schröter 1993:295–321.

59 Das bildet sich zum Beispiel bei inoffiziellen Mitarbeitern ab, die sich dekonspiriert hatten und anschließend mitunter in Operativen Vorgängen bearbeitet wurden. Prominentes Beispiel ist Wolfgang Templin. Vgl. Jander 2006:325–328.

60 Grundlegend ist der Band von Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka und Hartmut Zwahr (1994) zur Sozialgeschichte der DDR. Vgl. dort Niethammer 1994:95–115, hier S. 95–97. Einen wichtigen Impuls zur Pluralisierung gaben die Empfehlungen der »Sabrow-Kommission« im Jahr 2006 (Sabrow u.a. 2007).

61 Übrigens lieferte die Staatssicherheit mit der Favorisierung des »politisch-operativen Zusammenwirkens« (POZW) selbst einen Hinweis für diesen Ansatz. Vgl. neben diversen Anweisungen im Wörterbuch den Artikel »Zusammenwirken, politisch-operatives«, in: Suckut 2001:428.

Allerdings war das MfS in der DDR das Symbol der Angst schlechthin gewesen und wurde so zum Auslöser von angstgeleitetem Handeln. Deshalb ist es verständlich, dass mit der Öffnung der Stasi-Akten in diesen die Erklärungen für kränkende und zerstörende Erfahrungen gesucht wurden – was jedoch umso mehr enttäuschte, wenn sich keine Antworten fanden.<sup>62</sup> Zwar hatte der Wortlaut des Stasi-Unterlagengesetzes auf den Gebrauch der Worte »Täter« und »Opfer« verzichtet.<sup>63</sup> Im sozialen Nahbereich waren es jedoch wiederum die IM, die als Täter sichtbar wurden und deren Verbildlichung die Naherfahrung der Aufarbeitung prägte. Die Fixierung auf den in der Person des IM verkörperten Menschenfeind rief einen Effekt hervor, der nicht intendiert war, denn das Feindmuster kehrte sich nun spiegelbildlich um. Was blieb, war Ernüchterung. Hinzu kam die zunehmende politische Instrumentalisierung der Aufklärungswünsche: Eine erfahrungsgestützte Geschichtsreflexion blieb Mangelware, denn viel zu oft wurde das geheimpolizeiliche Bild über die erfassten Personen in die »aufgearbeiteten« Geschichtsbilder übernommen.<sup>64</sup> Stellt man allerdings in Rechnung, dass mit dem Stasi-Unterlagengesetz nun erstmals der Zugang zu Geheimpolizeiakten definiert worden war, wird das Urteil milder ausfallen. Zudem entsteht die Frage, wie die meisten Angehörigen eines Volkes, dessen Erfahrung sich weitgehend darin erschöpft, sich eben nicht und schon gar nicht öffentlich zu den eigenen Erfahrungen zu verhalten,<sup>65</sup> wie diese Personen eine erfahrungsgestützte Geschichtsreflexion entwickeln können. Es bleibt die Erkenntnis, dass in den Institutionen der Aufarbeitung nicht bürokratisches Ordnungshandeln gefragt ist, sondern die Frage nach Sinn-, Orientierungs- und Handlungszusammenhängen und damit nach Verantwortung im doppelten Sinn – nämlich nach persönlicher und institutioneller Verantwortung.<sup>66</sup>

Nun fragt sich, wie vor diesem Hintergrund eine regionale Wissenschaftsstudie im Kontext der Staatssicherheit allgemein und für die Jenaer Universität speziell zu schreiben ist. Warum wurde der Zeitraum von 1968 bis 1989 gewählt? Dieser umfasst nach dem Mauerbau von der Dritten Hochschulreform bis zum Mauerfall diejenigen Wandlungsprozesse, die

---

62 Zur psychologischen Dimension Trobisch-Lütge 2004; Seidler/Froese 2009.

63 Vgl. das Stasi-Unterlagen-Gesetz; hierzu Bonitz 2009:226.

64 Lenski 2014:116–136.

65 Merl 2012:24–25.

66 Vgl. zur Diskussion im Vorfeld der Enquete-Kommissionen der 1990er Jahre: Henke 1993; Henke/Engelmann 1995. Vgl. Suckut/Weber 2003. Zur Frage der ausgeblendeteten Verantwortung in der DDR Latzel 2009:157–187.

sich im politischen, wirtschaftlichen und militärischen Spannungsfeld zwischen Ost und West abzeichneten und sich wissenschaftspolitisch auswirkten.<sup>67</sup> Die Universitäten änderten sich mit der Reform auch in Abhängigkeit von den weiteren Ostblockländern, insbesondere der Sowjetunion; formal blieben sie nach der Dritten Hochschulreform jedoch stabil. Die Universitätsangehörigen waren Akteure wie Betroffene des Kalten Krieges und der Aufrüstung, der Embargopolitik und des Helsinki-Prozesses.<sup>68</sup> Wie erwähnt, wurde die Universität mit der Dritten Hochschulreform »verbetriebligt« und zunehmend in die Planwirtschaft eingebunden. Die Humboldt'sche »universitas litterarum« wurde umgedeutet, denn diese Formel diente nun als Argument für die Ideologisierung: Als »allseitig gebildet« galt nicht mehr der »Nur-Wissenschaftler«. Der politisch-ideologische Erzieher, eigentlich ein Relikt der vergangenen geglaubten Zeit, erstand neu.<sup>69</sup> Betrachtet man diese Indikatoren im Kontext des Kalten Krieges, erhalten immanente Begriffe, so etwa prominente Schlagwörter der sechziger Jahre wie »Modernisierung«, »Wissenschaftlichkeit«, »Profilierung« und »Prognose«,<sup>70</sup> jedoch auch »Ordnung« und »Sicherheit«<sup>71</sup> (übrigens nicht nur von der Stasi verwendet), für die DDR eine politisch-militärisch konnotierte Bedeutung.

Neben dem Vorgang der »Ideologisierung« werden damit drei weitere Prozesse deutlich: die Militarisierung der Universität als Institution, die Militarisierung der dort vorzufindenden sozialen Prozesse sowie die Bürokratisierung. Ralph Jessen charakterisierte die Reformen der 1960er Jahre als Prozess, »hinter deren technokratischer Oberfläche die politische Durchdringung der Universität perfektioniert wurde.«<sup>72</sup> Die politische Macht sei durch Selektion, Repression und Integration der Kader gesichert worden. Nach dem Mauerbau 1961 sei der erste DDR-weite Kaderplan verabschiedet und damit die langfristige Kontrolle über die Besetzung

67 Vgl. zur Interdependenz von Wissenschaft und Politik Ash 2002:32–51.

68 Zentral dazu Stöver 2007.

69 Vgl. das »Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem vom 25. Februar 1965«, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1965, Teil I. S. 83. Jessen 1999b:229–260, hier bes. S. 235: Dieses Argument wurde bereits Ende der 1950er Jahre eingeführt. Vgl. Stutz u.a. 2007:289–291. Mit euphemistischer Interpretation Rühle 1966:205–215. Vgl. die Diskussion in der BRD, so Adorno 1997:48–63. Im Vergleich Ost/West Jessen 1999a:361–380.

70 Kaiser u.a. 2005:45–46.

71 Dazu Lindenberger 2014:15–38.

72 Jessen 2003:229–263, hier S. 259. Vgl. Jessen 1999b:103–129. Vgl. mit ähnlichem Befund für die NS-Bürokratie Lüdtkke 1991c:559–590, hier bes. S. 574–586.

wichtiger Positionen möglich geworden. Damit habe die Zeit der »zentralisierten Kaderpolitik« begonnen.<sup>73</sup> Der Begriff der Bürokratisierung tauchte bereits in der Debatte der 1950er Jahre auf. Milovan Djilas charakterisierte die »neue Klasse« als Formation von Bürokraten, die sich nicht im Anschluss, sondern im Interesse der Durchsetzung der Wirtschaftsreformen etabliert hätten, wobei insbesondere die Politbürokratie über die hierfür nötigen Güter verfügt habe. Da sie unrealistisch agiert habe, dies jedoch aufgrund der ideologischen Gebundenheit nicht habe korrigieren können, sei ihre Hauptwaffe die Lüge gewesen.<sup>74</sup> Das Konstrukt der Lüge konnte sich jedoch nur behaupten, wenn entsprechende inhaltliche, positionelle und Verfahrensressourcen zur Verfügung standen. Plaggenborg resümierte für die Sowjetunion, dort habe sich die wirtschaftliche mit der politischen Macht verbunden. Die organisatorischen Prozesse hätten sich in der Bürokratie monopolisiert, die nicht an gesellschaftlicher Dynamisierung interessiert gewesen sei. Die strukturelle Dysfunktionalität habe zu Erstarrung und Korruption und somit zu Diskrepanzen geführt.<sup>75</sup> Diese Konflikte, so Jessen, seien an den DDR-Universitäten mit dem verfeinerten Instrumentarium der professionalisierten Kaderverwaltung überbrückt worden. Kontrolle und Repression seien von den örtlichen Gruppen der FDJ bis hin zum Staatssicherheitsdienst von zahlreichen Personen ausgeübt worden. Schließlich seien die DDR-Universitäten staatskonformer gewesen als diejenigen in vergleichbaren Ostblockstaaten wie Polen oder die Tschechoslowakei.<sup>76</sup> Die nach dem Mauerbau eintretende Isolierung der DDR-Wissenschaft von der westlichen Welt und die intensive Kooperation mit der Sowjetunion setzten ideologisch-bürokratische Routinen voraus, die mit verlässlichen Kontroll- und Interventionsinstrumenten die einen als Reisekader förderten und die anderen, als unsicher etikettierten Personen blockierten, in Randbereiche abdrängten oder gänzlich ausschlossen.

Diese Befunde fordern diejenigen, die sich mit der Jenaer Universität beschäftigen, dazu auf, den Zusammenhang der Staatssicherheit mit *Ideologie und Bürokratie* bzw. mit *Ideologisierung und Bürokratisierung* zu untersuchen. Die Zusammenhänge zu und zwischen diesen Kategorien erweisen sich für die Betrachtung der geheimen Infrastruktur als zentral. Die Bestandteile der MfS-Struktur erschöpften sich nicht im Ausbau ihrer Positi-

---

73 Jessen 2003:258–260; Lüdtke 1991c:574–586.

74 Djilas 1957:62–102.

75 Plaggenborg 2002:393–401; Voslensky 1984.

76 Jessen 2003:259–260; vgl. Connelly 2000.

onen sowie ihrem Personal- und Ressourcenzuwachs. In Anlehnung an Alf Lütke ist zu fragen, welche soziale Praxis die Universität mittels welcher an das MfS anschließenden Institutionen entwickelte, welche Steuerungs- und Interventionsinstrumente sie dort installierte und ob sich Funktion und Bedeutung der Hochschule damit änderten.<sup>77</sup> Auf diesem Umweg gelangen wir zur Spezifizierung der von Thomas Lindenberger gestellten Frage, der die DDR als »Diktatur der Grenzen«<sup>78</sup> charakterisierte, und somit zur Ebene der Mikrohistorie, der wechselseitigen Abhängigkeit von formellen und informellen Strukturen, von Sonntagspropaganda und Alltagskonflikten.<sup>79</sup> Obwohl die kommunistische Erziehung konforme Kommunikation produzieren sollte, blieb diese Interdependenz bestehen.<sup>80</sup> Sie blieb auch erhalten, wenn keinerlei Verständigung sichtbar war, wenn Schweigen und Gehorchen als zum Ensemble der Herrschaftssicherung gehörend den Raum dominierten.<sup>81</sup>

Mit dem Schweigen fällt das vierte Stichwort: die *Geheimhaltung* etablierte sich neben ihrer zentralen Handlungsfunktion für die Staatssicherheit auch in der Wirtschafts- und Wissenschaftspraxis, wo sie für »Ordnung und Sicherheit« sorgen sollte. Sie ist den drei Kategorien *Ideologisierung, Bürokratisierung und Militarisierung* übergeordnet und verweist auf die Pole zweier Verfahren zwischen Öffentlichem und Geheimmem. Sie strukturiert den Raum, in dem die Staatssicherheit das Ziel verfolgte, »eigen-sinnige«<sup>82</sup> Kommunikation zu verhindern. Kommunikation jedoch, insbesondere das zweifelnde, kritische Fragen, bildet die Grundlage der Universität, denn ohne sie existiert keine wissenschaftliche Auseinandersetzung.<sup>83</sup> Beim Begriff der Kommunikation treffen sich demnach die vier Kategorien *Ideologisierung, Bürokratisierung, Militarisierung und Geheimhaltung*.

77 Lütke 1991a:9–63.

78 Lindenberger 1999b:13–44. Dort auf S. 16–26 die Zusammenfassung der wichtigsten Paradigmen zur Debatte um die DDR-Geschichte mit dem Rekurs auf »Herrschaft als soziale Praxis« und »Eigen-Sinn«.

79 Vgl. die Antwort von Ralph Jessen auf Sigrid Meuschels Charakterisierung der DDR als »stillgestellte Gesellschaft« in Jessen 1995b:96–110, hier bes. S. 104–110. Vgl. Meuschel 1992:10.

80 Vgl. Jessen 1995b:110.

81 Zu Schweigen und Zustimmung Lindenberger 1999b:22; Merl 2012:17; vgl. Noelle-Neumann 2001. Zur Funktion des Schweigens vgl. Owzar 2006.

82 Zum »Eigen-Sinn« Lindenberger 1999b:23–26.

83 Vgl. Jaspers 1946:59–65.

*Kommunikation* ist deshalb der Leitbegriff der vorliegenden Studie.<sup>84</sup> Um diese Problematik methodisch zu fassen, wird die Universität als Kommunikationsraum rekonstruiert, an den drei Hauptfragen zu richten sind:

1. Welche Positionen welcher Personen finden sich im Kommunikationsraum?
2. Mit welchem inhaltlichen Kapital traten die Genannten hervor? Welches Denken ist bei den Beteiligten dokumentiert, insbesondere bei denjenigen, die sich stabil im Kommunikationsraum platzierten und denen die meisten Ressourcen zur Verfügung standen?<sup>85</sup>
3. Welche soziale Praxis entwickelte sich mittels welcher Kommunikationsverfahren?

Diese Fragen werden durch die Kategorien der Ideologisierung, Bürokratisierung und Militarisierung sowie dem übergeordneten Aspekt der Geheimhaltung strukturiert. Sie lenken den Blick auf Organisation und Schichtung der Prozesse, denen die Universität seit der Dritten Hochschulreform unterworfen war. Bevor die empirische Forschung aufgefächert wird, ist der Erkenntnisstand zu Universität und Staatssicherheit zu bilanzieren. Anschließend werden die Begriffe und der Forschungsstand zum »Kommunikationsraum« erläutert: also Positionen, Inhalte und kommunikative Verfahren. Aus ihnen leiten sich die Erörterungen zur Quellenbasis und zur Forschungsstrategie her.

## 2. Universität und Staatssicherheit: Forschungsstand

Das Thema Staatssicherheit war bis vor kurzem von einem zunehmend politisierten Enthüllungsinteresse bestimmt.<sup>86</sup> Unterdessen sind auch auf-

---

84 Zur Begriffsklärung siehe die folgenden Ausführungen zu den Kommunikationsräumen.

85 Zum Ressourcenmodell Ash 1998:283–304.

86 Kritisch zu Methodik und Reflektionsniveau Gieseke 2003b:117–125, hier S. 117. Dort auch der Überblick für die Jahre bis 1989 und den Zeitraum von 1990 bis 2003. Zwischen Politisierung und Aufklärungsinteresse changierte ebenso die Enquete-Kommission des Bundestages (vgl. unten). Der Enthüllungsentention folgte in Jena die Zeitschrift Gerbergasse 18. Diese wurde im Anschluss an die 1995 in der Stadt abgehaltene Sitzung der Enquete-Kommission gegründet. Der Zeitschriftentitel leitet sich von dem Namen der Straße ab, in der ein Anbau der (nun abgerissenen) Jenaer MFS-